

## **Warum ich gegen Götz Werners Konzept "Bedingungsloses Grundeinkommen" (BGE) aber für ein Grundeinkommen als Regelleistung bin.**

copyright by Toni Weiser. April 2011

"Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Selbstverschuldet deshalb, weil er sich nicht seines Verstandes bedient. Sapere aude ! Habe Mut dich deines Verstandes zu bedienen...."

Kant, I., KrdrV

oder auch:

"Wehret den Anfängen !" Das so oft nur verbal benutzte und wenig angewandte Zitat soll warnend darauf verweisen, dass man später nicht behaupten darf, man habe von nichts gewusst...

Dieser Beitrag setzt voraus, dass Götz Werners Engagement für ein BGE und sein Ansatz bekannt sind.

Er (GW) tourt seit vielen Jahren durch die Lande und füllt Thatersäle, Auditorien, Waldorf-Aulen und viele andere Orte, nunmehr mit dem neuen Buch: Werner, G., Goehler, A. : "1000 Euro für jeden. Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen" Berlin 2010 (siehe auch: Videos, Beiträge, Artikel, usw. im [www. / wikipedia](http://www.wikiwand.com/de/wiki/Götz_Werner), youtube, etc.).

Götz Werners Besitz an der Drogeriemarkt-Kette -über 1 Mrd Euro- hat er massgeblich auf dem Boden allgemeinen Wirtschaftens, was sich kennzeichnete durch Neoliberalismus, Marktkonzentration und Globalisierung- in einer Phase sich massiv verschlechternder Löhne und Arbeitsentgelte, erworben.

Die dm-Ladenkette in ihrer herausragenden Expansion hätte ohne das streng kapitalistische Wirtschaften und ohne "wirtschafts- neoliberalistische Freischaltung" nicht derart reussieren und sich den Platz unter den ersten drei an der Marktspitze sichern können. So wird unschwer erkennbar, dass GW das wirtschaftliche Kalkül auf Marktbeherrschung, steigende Marktanteile und akkumulierende Gewinne usw. gesetzt hatte.

Die Überführung seiner Unternehmensanteile (Ende 2010) in eine gemeinnützige (private) Stiftung diene dazu, seine wirtschaftspolitische Macht zu perpetuieren und offenkundig ging es auch darum, seine sieben Kinder nicht beerben zu müssen. So werden die Absichten des Unternehmens dm inklusive expandierender Einflüsse, was eine Stiftung idealerweise ermöglicht und begünstigt, in der Regie von Götz Werner bleiben.

Die immer wieder von GW in zahlreichen Interviews gebetsmühlenartig beteuerte Menschlichkeit, die sein Unternehmen ausmache - der Hauptslogan in einer jeden Filiale lautet: "Hier bin ich Mensch, hier kauf ich ein" - habe zu solch hohem Gewinnerfolg geführt, weil die Mitarbeiter in seinem Unternehmen sich menschlich selbstverwirklichen würden. Dass praktizierte Menschlichkeit solche finanziellen Gewinne zu erwirtschaften vermag, wäre historisch einzigartig und bleibt als Kausalität für derartigen Markterfolg mehr als fragwürdig. Bei näherem Hinsehen figuriert diese Argumentation auch relativistisch, will besagen, dass im Vergleich andere Mitbewerber dieser Branche (noch) schlechtere Arbeitsbedingungen haben und ausbeuterischer sind als die dm-Kette. Besonders betrifft dies bekanntermassen das Schlecker- Unternehmen mit einem grossen Netz an Filialen.

Die von GW propagierte und postulierte anthropologische Gleichheit (vor dem Gesetz) und die Forderung nach materieller Teilhabe aller an Gesellschaft und Kultur, wird angereichert mit Anleihen aus der anthroposophischen Welt Rudolf Steiners, jedoch stehen diese hier

in völlig anderen Zusammenhängen, nämlich in Steiners Konzept einer von ihm selbst begründeten und nach ihm benannten Geisteswissenschaft nebst einer "Dreigliederung des Sozialen Organismus".

In vielen Reden GWs zum BGE versucht er hier, rhetorische Mittel aus den Vorträgen R. Steiners zu übernehmen. Dem ist hinzuzufügen, dass GW weder aus der Tradition des sog. Geisteslebens stammt, noch sich originär mit der Anthroposophie befasst hat. GW eklektizistische Kenntnisse über R. Steiner dienen eher dazu, sein Geschäft idealtypisch-weltanschaulich zu untermauern und damit als seriös zu legitimieren und gewissermaßen ethisch-sozial (religiös) zu ummänteln. Bei GW selbst, in seiner Person und Herkunft sind kaum spirituelle Ambitionen erkennbar, worauf sein Handeln zu begründen wäre. Von seiner Ausbildung her ist er schlicht kapitalistisch agierender, kaufmännischer Drogist. So dient seine Unternehmensphilosophie offenkundig mehr denn je dem eigenen Nutzen und dem Ausbau seiner Macht als dem Anliegen, für soziale Gerechtigkeit in die Bresche zu springen. Was das ökologische Wirtschaften, Nachhaltigkeit und der dringend gebotenen Begrenzung von Konsum angeht, ist das dm-Unternehmen auf stetige Steigerung des Konsums (Wachstum) ausgerichtet.

GWs Modell des BGE zielt darauf ab, dass die Unternehmen weder Steuern noch Sozialabgaben noch irgendwelche sozialen Leistungen abzuführen haben - ein Modell des Wirtschaftens mit einem erheblich vermindertem Unternehmensrisiko. Die Unternehmen sollen demnach von jeglichen Sozial- und Fiskalleistungen weder dem Staat noch dem einzelnen gegenüber suspendiert, damit von jeglicher Verantwortung derart enthoben werden. Der Endverbraucher zahlt letztlich am Ende der Wirtschaftskette quasi "alles" mit einer saftigen Konsumsteuer, die sich ca. um 100 % erhöhen wird. Demnach würde die tatsächliche Kaufkraft nur noch ca 50 % des zu veranschlagenden BGEs betragen. Darüber hinaus bleibt die Frage, inwieweit dieses Modell sich auf sämtliche Produkte, Dienstleistungen und die verschiedensten Gewerbe etc. übertragen liesse.

In der Konsequenz würde das Modell des BGE nach GW, worüber bisher auch bei seinen Kritikern geschwiegen wird, den "Marktgewinnern" eine Akkumulation von Macht und verheerende, kaum absehbare Machtbefugnisse einräumen. Anstelle staatlicher Institutionen und Behörden (z.B. BA) könnten arbeitsmarktpolitische Regulierungen von seiten der Unternehmen eigenmächtig vollzogen werden- ein neuer radikaler Marktliberalismus bzw. -radikalismus wäre geboren. Niemand mehr müsste und könnte über das Marktgeschehen Kontrolle ausüben. Dem Staat käme in diesem Segment nur noch eine marginale Rolle zu. Arbeitskräfte würden analog ohne irgendwelche Auflagen und Verpflichtungen zum Spielball von Unternehmen mutieren, Gewerkschaften und sämtliche denkbaren Interessenvertretungen würden überflüssig. Dadurch, dass dem Staat in wirtschaftspolitischer Hinsicht mindere Bedeutung zukäme, würden Unternehmen dieses Vakuum direkt besetzen: eine gewaltige Machtrolle, eine kaum auzumalende Horrorvision.

Was die Auswahl und den Bestand des Personals angeht, wäre hier ein fast grenzenloser Spielraum gegeben. Sämtliche Belange, wie Einstellungsmodi bishin zu Kündigungen, sämtliche Arbeitsrechtlichen Belange wären ohne Auflagen und Grenzsetzungen. Jedes Unternehmen könnte über Personalpolitik etc. autokratisch herrschen. Keine andere Macht könnte Einfluss nehmen. Den Begleitumständen eines Sklavenhandels wären Tür und Tor geöffnet. Führt man diesen Gedanken weiter fort, könnte man der Rhetorik anheim fallen und fragen, wozu man dann eigentlich noch die Politik oder den Politiker brauche, wenn doch Unternehmer dies viel unbürokratischer und besser zu leisten in der Lage sind. Der Applaus von vielen Seiten aus der Bevölkerung wäre gewiss, und auch die Propagandisten des Subsidiaritätsprinzips - aus der Katholischen Soziallehre entlehnt - könnten wieder zum Schein die alte Leier bedienen.

Der Autor ist dennoch für das Konzept "Grundeinkommen" als längst überfällige und radikale Trennung von Erwerbsarbeit und Einkommen - alternativ zu derzeitigen Regelungen (Hartz 4, ein Euro-jobs, etc.) inklusiv aller vorbefindlichen Sanktionssysteme - wie es bereits Ende der achtziger Jahren von Bahlsen, Nakielski und dem damaligen Berliner Senator Fink (CDU) in den (Amts-)Schubladen lag:

Abschaffung sämtlicher Fürsorgeleistungen (incl. Arbeitslosengeld, sämtlicher "sozialer Subventionen etc.), Einführung eines gesicherten Grundeinkommens als Regelleistung unter Verzicht von Bedürftigkeitsnachweisen, variable Wahlmöglichkeiten zwischen Arbeitsaufnahme (Hinzuverdienst) und Nichtbeschäftigung. -Die vielfach geäußerten Vorbehalte, die heute ähnlich geblieben sind, und mangelnder politischer Wille, liessen das Grundeinkommensmodell mehrere Dekaden in die Versenkung verschwinden. Damit blieb auch die Entkoppelung der Sozialversicherungssystemen von der Erwerbsarbeit auf der Strecke mit den allzu bekannten fatalen Folgen für sämtliche nachkommende Generationen. Aber dadurch wurde die Geburt des aberwitzigen Stückwerk-Modells durch rot/grün ermöglicht: "die Zusammenlegung von Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe". Gleichzeitig erfolgte der neoliberale Siegeszug mit "Arbeit muss sich wieder lohnen" und Lohnabstandsgebot-Scheingefechten, nicht zu vergessen mit einer aufgebläht erforderlichen Bürokratie.

Schon damals ging man davon aus, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit mit den vorhandenen, ausgereizten Mitteln kaum zu beseitigen, und ein bestimmter Sockel nicht in die Arbeitswelt zu integrieren sei. Man wollte sinnigerweise der stetig wachsenden Arbeitslosigkeit sozialpolitisch etwas entgegen setzen, einhergehend mit einem radikalen Umbau (und auch Wegfall) staatlicher, Ämter und Behörden, Institutionen und deren Systeme, inklusiv eines völlig veränderten, von der Erwerbsarbeit entkoppelten Rentenmodells. Demnach sollten sämtliche Sozial(hilfe)leistungen - damals erhoben aufgrund des sog. Warenkorb, ALG und ALHI und die vielen "sozialen Subventionierungen" - wegfallen, und durch die Einführung sog. Negativ/ Positivsteuer, die vom Finanzamt erhoben, bzw. ausgezahlt werden sollten, ersetzen. Im wesentlichen ging es um eine abgesicherte Grundlage bei fehlenden und niedrigen Einkommen und die damit ermöglichte Teilhabe an der Gesellschaft durch eine materielle Existenz. Das Modell Grundeinkommen wurde seinerzeit bereits in den benachbarten Niederlanden praktiziert.